



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

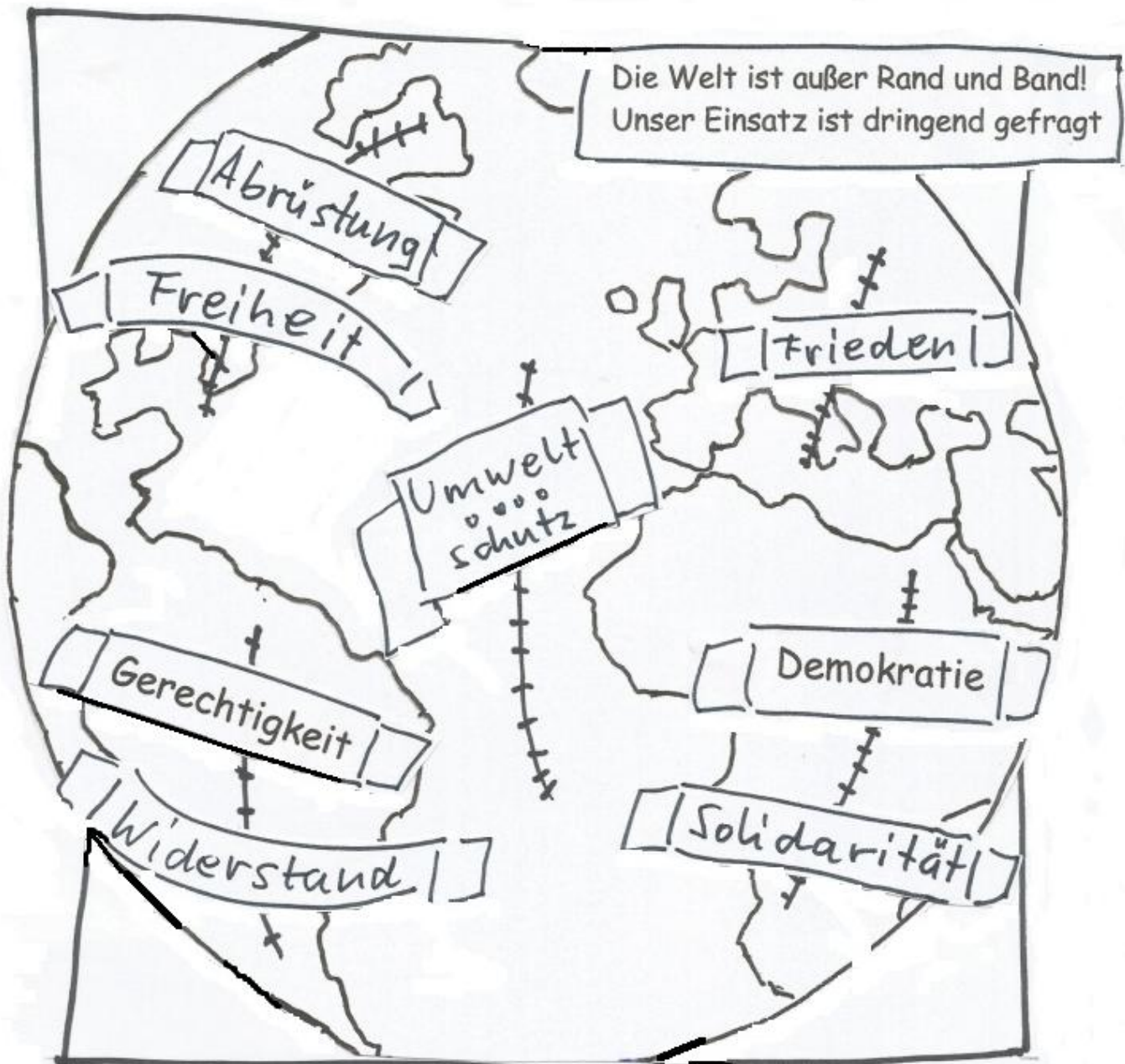
Nummer 5

*

solidaritaet@gmx.at

*

Dezember 2024



Liebe Kolleg*innen! Die kommenden Feiertage geben uns die Möglichkeit zur Ruhe und zur Entspannung, aber auch um Kraft zu tanken für die kommenden Aufgaben, die nach wie vor unseren ganzen Einsatz verlangen, damit wir zu einer friedvollen und lebenswerten Welt beitragen können. Wir laden Euch ein dabei zu sein!

Neutralität in Zeiten von Krisen und Kriegen

VIDEO von der Podiumsdiskussion am 11. September 2024

<https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=NixOIY2N8bQ>

Heute: Ukrainekrieg, Gazakrieg. Morgen: Nahostkrieg und noch mehr Kriege?
Neutralität ist unerlässlich für Sozialstaat und Demokratie.



Das Podium war wie folgt besetzt. **Udo Bachmair**, Redakteur, Moderator, Präsident der Vereinigung für Medienkultur * **Gabriele Matzner**, Juristin; Publizistin, Diplomatin, Botschafterin a.D. * **Günther Greindl**, General i.R., Leiter v. UN-Missionen, Präsident v. Aufbruch-Österreich * **Michael Kösten**, Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg, (Moderation) * **Daniela Gruber-Pruner**, Bundesgeschäftsführerin der Österr. Kinderfreunde, SPÖ-Bundesrätin * **Rihab Toumi**, Vorsitzende d. Sozialistischen Jugend Wien * **Wilfried Leisch**, Gewerkschafter:innen gg. Atomenergie und Krieg, ÖSK/proSV.

Udo Bachmair kritisierte die Medienpropaganda, die einseitige Berichterstattung und Kriegspropaganda und befürchtet nach den Wahlen einen neuen Anlauf der Regierung, die Neutralität abzuschaffen.

Gabriele Matzner beschreibt was aktive Neutralitätspolitik sein soll, kann und muss. Sie sieht Wichtigkeit und

Sinn der Neutralität darin, dass Neutralität Nicht-Teilnahme an Kriegen bedeutet.

Günther Greindl sagte, dass die Neutralität den UNO-Grundsätzen entspricht und auch innerhalb der EU umsetzbar ist (Irische Klausel, das müsste nur von der Außenpolitik genutzt werden. Die NATO hat sich in den letzten 30 Jahren zur Stärkung der USA-Hegemonie gewandelt. Sky Shield bietet für die Verteidigung Österreichs Neutralität keinen Schutz.

Daniela Gruber-Pruner betont, Frieden und Erziehung zur Gewaltfreiheit beginnt

bei der Kindererziehung. Ein Problem ist, dass Erwachsene selbst bei den Krisen und Konflikten auf der Welt oft in Erklärungsnotstand kommen.

Rihab Toumi hob hervor, dass Kriege eine der Hauptsorgen der jungen Menschen sind, dies aber in der Politik zu wenig bis gar nicht Berücksichtigung findet.

Wilfried Leisch führte aus, dass neue „Sicherheitsstrategie“ und Sky Shield-Teilnahme Österreichs zu noch mehr NATO-Anbindung Österreichs führen. Das bietet keinen Schutz, sondern macht Österreich zum Angriffsziel. Der Ukrainekrieg ist ein Stellvertreterkrieg USA – Russland. Neutralität heißt keine Parteinahme für eine Kriegseite, sondern Auftreten gegen Kriegstreiber in Ost und West und Eintreten für sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, sei es in der Ukraine oder Gaza bzw. im Naher Osten.

Klimakonferenz COP29

Angeblich mit einem Kompromiss sei der Klimagipfel COP29 in Baku/Aserbaidschan zu Ende gegangen. Das Ergebnis ist die Festschreibung einer Katastrophe, verursacht durch die weltweite kapitalistische Überproduktions- und Wegwerfwirtschaft.

Erstens: Nicht nur, dass die Klimaziele nicht erreicht werden, wurden auch keinerlei Anstrengungen unternommen, um die bereits jetzt über die 1,5 Grad-Grenze steigende Erderwärmung mit unübersehbaren (auch bei uns in Österreich, wie dieses Jahr wieder horrenden Hochwässern zeigen) und unabsehbaren Folgen, einzubremsen.

Zweitens: Der angebliche Kompromiss, dass die Industrieländer für den Ausgleich der Klimakatastrophenfolgen an die Dritte Welt (den globalen Süden) Ausgleichszahlungen zahlen sollen, weil sie, der globale Norden, den größten Treibhausgasausstoß haben, ist ein Hohn, eine Augenauswischerei. Statt den zur Anpassung erforderlichen 1.300 Milliarden Dollar jährlich, sollen – wenn überhaupt – nur 300 Milliarden jährlich fließen. Zum Vergleich: Für Rüstung und Krieg werden jährlich rund 2.500 Milliarden Dollar, vor allem vom globalen Norden, ausgegeben. Geld wäre da. Die Kapitalisten führen für ihre Profite einen Krieg gegen die Menschen und die Natur.

Dagegen muss sich unser entschiedenster Widerstand formieren, der Klimaprotest sich zu einem sozialen Protest und einem Protest für Frieden und gegen Krieg verstärken.

Zusperrer am Werk

Private wirtschaften besser – in die eigene Tasche

VW in Deutschland will 30.000 Beschäftigte kündigen und Werke schließen. Noch vor einem Jahr machte der VW-Konzern 18 Milliarden Euro Gewinn (ZIB, 23.9.2024).

Bei KTM zittern Hunderte der fast 4.000 Beschäftigten des „Vorzeigeunternehmers“ Pierer um ihren Job. Bevor AUVA-Hasser und Großspender für ÖVP-Kurz die KTM in die Insolvenz schickte, wurden im April noch schnell 17 Mio. Euro Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet. 2023 waren es 67 Mio., 2022 34 Mio. Euro für die KTM-Aktionäre. Viel Geld dürfte auch in KTM-Stiftungen aller Art oder in die „Motorsport“-Allüren des OÖ-Industriellenchefs gegangen sein oder im Pierer-Firmengeflecht erst noch auftauchen oder auf nimmer Wiedersehen versenkt worden sein.

Kika-Leiner, zu einem Schnäppchenpreis an **Signa-Benko** verscherbelt, wird nun bereits zum zweiten Mal in die Insolvenz geschickt. Weitere 1.350 Beschäftigte verlieren jetzt vor Weihnachten ihren Job, während der Pleitier Benko in millionenteuren Villen residiert oder mit Politikern auf Jagd geht.

Magna in Graz hat 2023/2024 bereits fast 1.000 Beschäftigte gekündigt, weitere 200 sollen folgen.

Siemens in Wien kündigt die Schließung eines Werkes für 2026 an.

Steyr-Automotive (ehemals MAN-Steyr) von Siegfried Wolf baute entgegen den Versprechungen bei der Übernahme 2021 von MAN laufend Personal ab (zuletzt in Summe ca. 500, sodass dort nur mehr etwa die Hälfte der ursprünglich versprochenen Beschäftigten Arbeit haben).

Schaeffler in NÖ will 450 Beschäftigte loswerden, die Produktion nach Osteuropa verlagern, obwohl der Konzern

Gewinne schreibt (33 Mio. Euro in den letzten Jahren) und die Belegschaft bereits Opfer brachte.

Die **AT&S** des sicherlich nicht am Hungertuch nagenden Ex-SPÖ-Finanzministers und nunmehrigen Industriellen Hannes Androsch schmeißt in Leoben und Fehring 250 Leute auf die Straße.

Infineon in Villach, gewinnträchtige und von Industriellenvereinigung und Politik gerne als Vorzeigeunternehmen hingestellt, streicht fast 400 Stellen.

Der **Solar-Konzern Fronius** kündigt 800 Beschäftigte. 2023 machte der Umsatz 1 Mrd. Euro aus, noch im Jänner 2024 ging das Palais Strudelhof um 23,2 Mio. Euro an die Fronius-Eigentümer (Gewinn, 2.1.2024).

Bei **TCG-Unitec in OÖ** will man die gerade abgeschlossene KV-Erhöhung von 4,5% nicht zahlen, nicht einmal die für „Krisenfälle“ von der Gewerkschaft vida im Vorjahr verhandelten nur 1,5%. TCG-Unitec will fast 900 Beschäftigten per Änderungskündigung „freiwillig“ zu vollem Lohnverzicht zwingen, bei Nichtannahme kündigen.

Allen diesen „notleidenden“ Unternehmern ist gemeinsam: Zuerst abkassieren, Millionen an die Seite schaffen, dann die Beschäftigten durch Lohnverzicht, Kündigung und die Allgemeinheit über den Gang in die Insolvenz zahlen lassen.

Denn für die Gehälter der Betroffenen kommt dann der Insolvenzentgeltfonds auf, der aus „Lohnnebenkosten“, die ja von allen Arbeitern und Angestellten erwirtschaftet werden, gespeist wird. Genau solche „Lohnnebenkosten“ wollen die Unternehmer immer weiter senken. Dann können die Bosse noch mehr auf die Seite schaffen. Die Arbeiter und Angestellten erhalten dann im Pleitefall nicht einmal mehr eine Abgeltung, weil der Insolvenzentgeltfonds dann leer sein wird. Übrigens haben bei den schon bisher erfolgten Senkungen der „Lohnnebenkosten“ zugunsten der Unternehmer die arbeitenden Menschen nichts davon im Börsel gesehen wie immer versprochen und nicht gehalten wurde.

Budgetloch?

Nicht nur zur Weihnachtszeit ist der Heiligenspruch der Unternehmer und ihres Staates: Nehmen ist seliger als Geben.



Quelle: Ausschnitt aus Publik-Forum Nr. 22/2024

Des einen Budgetloch ist des anderen Geldberg. Was jetzt im Budget fehlt, wurde zuvor ausgegeben und umverteilt zu den Reichen. So fehlen nächstes Jahr im Budget 5 Mrd. Euro und bis 2028/2029 in Summe rund 40 Mrd. Euro, so das Gejammer der „Finanzexperten“. Doch das Geld ist da, wenn

man es sich holen will – bei den Unternehmern, Vermögenden und Besserverdienenden. Das bräuchte einige Mrd. Euro:

Allgemeine Vermögenssteuer:	5,6
Körperschaftssteuer wieder auf 34% (von 25%):	5,1
Grundsteuererhöhung:	2,5
Rücknahme Senkung Lohnnebenkosten seit 2014:	2,2
Erhöhung Spitzen-Einkommenssteuersatz:	1,4
Körperschaftssteuer von dzt. 23% wieder auf 25%	1,1
Übergewinnsteuer für Banken	0,9

(Quelle: Momentum Institut)

Außerdem erhielten die **Unternehmen** in den letzten Jahren wegen Corona und Inflation enorme **Förderungen** durch den Staat, also aus dem Budget, das die arbeitenden Menschen zu 80% aus ihren Steuern und Abgaben befüllen. Machten die Unternehmerförderungen im Jahr vor Corona (2019) 4,6 Mrd. Euro aus, so schnellten die Subventionen 2020 und 2021 auf jeweils fast 16 Mrd. Euro (!) hinauf und waren 2022 mit 8,2 Mrd. und 2023 mit 6,2 Mrd. Euro noch immer höher als vor Corona (Momentum-Institut).

„Sparen“ für Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und Ausschaltung der Neutralität

So lassen sich die Aussagen von Österreichs ranghöchstem Offizier, General Rudolf Striedinger, zusammenfassen. Er verdreht die Neutralität zur Chance Österreichs, sowohl der EU als auch der NATO bei Aufrüstung und Krieg gegen Russland beistehen zu können. Das ist ungeheuerlich, brandgefährlich und politischer und militärischer Landesverrat eines auf die Verfassung Österreichs mit dem Verfassungsgesetz der immerwährenden Neutralität Österreichs angelobten und aus unseren Steuergeldern finanzierten obersten Militär. Aber der Reihe nach und im Detail (1):

Budgetdefizit hin, Budgetdefizit her, wenn es um Aufrüstung zur Kriegsteilnahme geht, dann ist General Striedinger davon überzeugt, „dass auch unter der kommenden Regierung die Aufrüstung fortgesetzt wird“. Er sei „durchaus stolz darauf, dass unsere Steigerung des Verteidigungsbudgets zumindest prozentuell wesentlich höher ist als in anderen europäischen Staaten. Auch im Vergleich zur Schweiz“.

Natürlich könnte im neu gewählten Parlament alles geändert werden, „die konkreten Finanzierungsgesetze (des Bundesheeres, bis 2032 in Summe rund 60 Mrd. Euro (!), Anm. d. Redaktion) sowieso. Es ist aber so, ... dass bereits eine Reihe von Verträgen geschlossen“ wurden. Also Nationalratswahlen, neues Parlament hin oder her: Wir können zwar wählen, aber entschieden wurde schon.

Und General Striedinger weiter: Ich habe „einen wirklich guten Vorschlag gehört. In der EU gibt es Tendenzen, die Anstrengungen für die Verteidigung aus der 3-Prozent-Maastrichtklausel für das Budgetdefizit zu nehmen“. Bei Sozialem, Bildung, Gesundheit, Pflege, Pensionen, usw. soll aber gleichzeitig gespart, der Sparstift mit 5 Mrd. Euro pro Jahr auf Kosten der breiten Bevölkerungsschichten angesetzt, sprich weiter gekürzt werden für Aufrüstung und Krieg mit dem Ergebnis, dass – wie schon jetzt in der Ukraine, in Russland, in Gaza, Libanon, Syrien usw. hunderttausende Menschen sterben – und das wird uns noch als Schutz und Sicherheit verkauft.

Wer das bis jetzt nicht glaubt, soll dem Herrn General weiter genau zuhören: Es ist „unsere Zielsetzung, dass wir in Europa erstens ein verlässlicher Partner, zweitens eine Zone sind, die mitten in Europa liegt, aber trotzdem gut geschützt ist. Damit können sich Nachbarländer darauf verlassen, dass Österreich nicht für irgendwelche ausländischen militärischen Maßnahmen genützt werden kann ..., weil wir nicht ein militärisches Vakuum mitten in Europa sein dürfen“.

Natürlich soll Österreich kein militärisches Vakuum sein, soll und darf sich aber als immerwährend neutraler Staat nicht zum Aufmarschgebiet der einen oder der anderen Seite machen. Doch genau das schlägt der Herr General Striedinger sogar ausdrücklich vor! Denn auf die Kurier-Frage was denn mit unserer Neutralität sei, wenn z.B. der EU-Rat beschließt, dass sich EU-Mitgliedsstaaten an einer militärischen Aktion beteiligen, antwortet Striedinger freizügig: „Das heißt, wir sind dann in diesem konkreten Fall nicht mehr neutral. Diese Regel ist insofern ganz wichtig, weil wir ja auf der einen Seite mitten in Europa liegen und

viele Transversalen durch Österreich gehen. Wir können auf diese Weise einen wertvollen Beitrag für die notwendige militärische Mobilität sicherstellen, etwa in einer Auseinandersetzung mit Russland beispielsweise für die NATO. Auf der anderen Seite sind wir aber nach wie vor ein neutrales Land ...“ (Hervorhebung durch die Red.)

Das ist ungeheuerlich und unverfroren. Erstens sagt der Herr General, wenn er von „EU-Regel“ spricht bewusst die Unwahrheit. Österreich hat mit dem EU-Beitritt auch die sog. Irische Klausel unterschrieben, die lautet, dass Österreich als neutraler Staat sich beteiligen KANN aber NICHT MUSS – von „Regel“ also keine Spur. Zweitens betrachtet er auch, wenn NATO-Truppen durch Österreich ziehen, diese nicht als ausländische Truppen! Zudem will er drittens Österreich nicht für „irgendwelche ausländische militärischen Maßnahmen“ nützen lassen, sondern ausdrücklich für NATO-Truppen und das viertens den Menschen in Österreich weiterhin als mit der Neutralität vereinbar verkaufen.

Weil trotz der herrschenden Kriegspropaganda gegen die Neutralität, bis zu 90% der Bevölkerung die immerwährende Neutralität Österreichs befürworten und beibehalten wollen, reden die Herrschenden weiter von Neutralität, rüsten aber zur Kriegsteilnahme. Sie wollen so von der Neutralität zur NATO-Realität gelangen.

Auf diese entlarvenden und empörenden Aussagen von General Striedinger gab es vom Bundespräsidenten abwärts bis hin zu den Parteien keinen Aufschrei. Auch nicht von der sich angeblich der Neutralität verschriebenen und gerade wahlsiegenden FPÖ, die viele Menschen auch wegen des Ausverkaufs der Neutralität gewählt haben, weil sie diesmal der FPÖ Glauben schenken wollen, dass sie die Neutralität verteidigen. Das zeigt wie Wirtschaft, Militär, Politik und Medien gleichgeschaltet sind.

(1) Die Zitate in Kursivschrift stammen aus dem Interview des Kuriers mit General Striedinger am 26. Oktober 2024, Seite 6.

*

Sparen für Aufrüstung und Krieg? NEIN Danke!



Bis 2028 sollen rund 40 Mrd. Euro bei uns arbeitenden Menschen eingespart werden.

Reiche, Vermögende, Industrie, Großbauern, Versicherungen, Banken, Konzerne, haben in den letzten Jahren auch durch Förderungen des Staates, also aus unseren Steuergeldern, hohe Gewinne und Übergewinne kassiert.

Worüber überhaupt nicht geredet wird ist, dass für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung das Bundesheer bis 2032 an die 60 Mrd. Euro (davon ca. 7 Mrd. allein für Sky Shield) bekommen soll, während für Soziales, Bildung, Gesundheit, Pflege usw. angeblich kein Geld da sein soll.

Das darf und muss nicht sein. Geld ist genug da wir müssen es uns nur dort holen wo es gehörtet wird.

Nein zu Milliarden für Konzerne,
Aufrüstung und Kriegsvorbereitung!
JA zu Sozialstaat und Neutralität!



Österreichisches Solidaritätskomitee

PETITION: herunterladen, verbreiten und unterzeichnen
auf: www.prosov.at * Einscannen und senden an:
oesolkom@gmx.at oder per Post an: Österreichisches
Solidaritätskomitee (ÖSK), Stiftgasse 8, 10 70 Wien.

Gaza: Völkermord am palästinensischen Volk durch Israel – dem Kettenhund der USA

Der spätere Ministerpräsident Menachem Begin erklärte einen Tag nach dem Teilungsbeschluss der UNO 1947, „dass die Zerstückelung des Landes ein Verbrechen ist...“ und: „Die Teilung von Palästina ist illegal. Wir werden sie nie anerkennen. Jerusalem war und wird immer unsere Hauptstadt sein. Groß-Israel wird dem israelischen Volk wieder zurückgegeben. Das ganze Land. Für immer.“ (1)

Somit war damals bereits klar, dass Israel die festgelegten Grenzen nicht respektieren wird und Israels Territorium vom Mittelmeer bis zum Jordan erweitert werden soll. Auch Ben Gurion, ab 1948 erster Ministerpräsident Israels, erklärte 1947, dass Israel letztlich das ganze Land, „sei es durch Gewalt oder andere Mittel“ annektieren werde. (2)

Dazu schreibt der US-amerikanische Ökonom Michael Hudson 2024:

„Der Völkermord, den Sie heute erleben, ist also eine ausdrückliche Politik, und das war die Politik der Vorväter, der Gründer Israels. Die Idee eines Landes ohne Menschen war ein Land ohne Araber, ein Land ohne nicht-jüdische Menschen. Das war es, was es wirklich bedeutete. Sie sollten noch vor der offiziellen Gründung Israels, der ersten Nakba, dem arabischen Holocaust, vertrieben werden...“ (3)

Verfolgung, Vertreibung, Mord an den Palästinensern ist Bestandteil der israelischen Politik seit der Staatsgründung. Vor der Staatsgründung Israels lebten in Palästina ca. 1 1/2 Millionen Palästinenser. Israel hat damals mehr als 750.000 Menschen, vertrieben. Bei der zweiten Nakba 1967 im Zuge des Sechstage-Krieges hat Israel nochmals 350.000 Palästinenser vertrieben.

Nun, ab Oktober 2023, nach dem Hamas Angriff auf einen israelischen Kibbuz, hat die israelische Armee und Luftwaffe bis heute in Gaza ca. 45.000 Menschen getötet, davon ca. 70% Frauen und Kinder. (Die wahre Zahl der Todesopfer wird auf das Vierfache geschätzt.) Gleichzeitig hat Israels Militär gezielt bis heute ca. 80% der Häuser in Gaza zerstört, den gesamten Anbau in der Landwirtschaft ruiniert, das ganze Land verwüstet usw. Der Gaza-Streifen ist nur ca. 40 km lang und zwischen 6 km und 12 km breit. Dort „leben“ 2,3 Millionen Menschen. Schon 2017 sagte Pater R. Abushalia, ehemalige Leiter von Caritas Jerusalem, Gaza sei „das größte Freiluftgefängnis der Welt“. (4)

Israel ist der einzige Staat der Welt, der seine Außengrenzen nie festgelegt hat, weil seine Machthaber immer davon ausgingen, ihr Territorium zu erweitern. Bis heute spricht Israel den Palästinensern ihr Recht auf einen Staat in den von der UNO festgelegten Grenzen ab und raubt deren Land! Der Vernichtungskrieg, den Israel seit Oktober 2023 gegen die gesamte Bevölkerung von Gaza führt, der Völkermord, den das israelische Militär täglich gegenüber der Zivilbevölkerung begeht, ist das bisher schrecklichste Verbrechen dieser faschistoid-rechts-religiösen Regierung unter Netanyahu. Als Vorwand diente der Hamas-Überfall auf einen israelischen Kibbuz. Verschiedene Stimmen sagen, dass Netanyahu von dem geplanten Hamas Angriff schon wesentlich früher erfahren hat. Die Grenze zu Gaza war an

diesem Tag kaum bewacht, das Militär von dort war ins Westjordanland abkommandiert, um eine Siedler-Veranstaltung zu schützen. Der zuständige Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir, Vertreter des rechtsextremen Parteibündnis Religiöser Zionismus, hatte das Militär abgezogen. „Er (der Minister) zog die Einheiten (vor dem Hamas-Angriff) ab“...“Es wurde entschieden, die Einheiten (des Militärs), die die Ortschaften und Kibbuzim an der Grenze zum Gaza-Streifen beschützen und bewachen sollten, in das Westjordanland zu verlegen, weil die Siedler...religiöse Feste feiern wollten“. (5)

Der israelische öffentlich-rechtliche Rundfunksender Kan berichtete am 11. Juni 2024, dass der israelische Inlands-Geheimdienst 3 Wochen vor dem Hamas Anschlag „mit hoher Genauigkeit“ über die Pläne der Hamas informiert war. Der Rundfunk weiter: „Der Angriff wäre also problemlos zu verhindern gewesen...“ Die New York Times berichtete schon am 1. Dezember 2023: „Israel wusste schon vor mehr als einem Jahr von den Plänen der Hamas...“ (6)



Quelle: Der Spiegel

Westjordanland

Das Westjordanland, das den Palästinensern gehört, hat Israel 1967 besetzt und betreibt dort seit damals Landraub, befördert und finanziert die Ansiedlung von Israelis und unterstützt die Siedler beim Vertreiben und Töten von palästinensischen Bauern. Heute leben dort 3 Millionen Palästinenser und mittlerweile 500.000 israelische Siedler. tausende Palästinenser mussten ihre Häuser, ihr Land aufgeben, hunderte wurden getötet. Seit der neuen Regierung von Netanyahu mit den religiös-faschistoid rechtsradikalen Parteien haben die Siedler noch mehr Freiheit ansässige Palästinenser zu verletzen, zu töten, zu vertreiben und sich deren Land anzueignen. Laut Amnesty International wurden allein im Jahr 2023 im Westjordanland 507 Palästinenser getötet. Diese Verbrechen samt illegaler Besiedlung werden nicht nur von der israelischen Armee unterstützt, die Siedler sind auch Teil der Armee. Im Westjordanland dienen derzeit 5.500 Reservisten der Armee, die Siedler des Westjordanlands sind. Minister Itamar Ben-Gvir von einer religiös-faschistoiden Siedlerpartei verlangt nun die Annexion des Westjordanlands und die Aussiedelung der Palästinenser!!!

Der Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) hat vor kurzem einen Haftbefehl gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, den früheren israelischen Verteidigungsminister Yoav Galant und den Hamas-Führer Mohammed Deif erlassen. Der IStGH ist der Auffassung, dass Israels Angriffe auf Gaza dem Charakter nach Völkermord sind.

Täter – Opfer Umkehr samt Antisemitismus-Keule

Israels Herrschenden bedienen sich seit langem der Täter-Opfer Umkehr und der sog. Antisemitismus-Keule. Israel, das an den Palästinensern von Gaza Völkermord verübt, den Iran, Libanon und Syrien bombardiert, stellt sich als Opfer dieser Staaten dar und bezeichnet die Gegenseite als Täter und den eigenen Terror und die Gewalt als Selbstverteidigung. Darüber hinaus beschuldigt Israel jeden, der ihre Kriege und Massaker kritisiert, als Antisemiten. Israels Machthaber betreiben seit 1948 eine rassistische und Völkermord-Politik gegenüber den Palästinensern und haben seit Oktober 2023 allein in Gaza 45.000 Menschen getötet. Israels faschistoid-rechts-religiöse Regierung bezeichnet die Palästinenser als Tiere, entmenschlicht sie damit. Der Vorwurf des Antisemitismus durch Israels Regierung ist ein Missbrauch des Todes der 6 Millionen Juden, die die Nazis ermordet haben. Dieser Vorwurf schändet das Andenken aller Juden, die damals umgebracht wurden. Die große Mehrheit der westlichen Medien verwendet die Antisemitismus-Keule zur Rechtfertigung von Israels Kriegen. Wenn in Washington, London, Berlin, Rom oder Wien sehr viele Menschen gegen Israels Völkermord in Gaza und dessen Unterstützung durch die USA demonstrieren, werden sie als Antisemiten bezeichnet, ja ihnen wird Pogrom unterstellt. So sollen sie mundtot gemacht werden.

Israel, ein Staat mit 9 Millionen Einwohnern, hat ein reguläres Rüstungsbudget von derzeit 27 Milliarden Dollar pro Jahr. Israel ist es derzeit die 15-stärkste Militärmacht der Welt. Israel hat ca. 170.000 Soldaten und 465.000 Reservisten. Es hat eine starke Luftwaffe, ca. 200 Atomsprengköpfe, Chemiewaffen, biologische Waffen, 2600 Kampfpanzer. Die Hamas hat ca. 15.000 Mann, d.h. das Verhältnis auf dem Schlachtfeld Hamas zu Israel ist 1 zu 11. Dennoch will uns Israels Propaganda weismachen, dass Israel bedroht wird.

Die Beziehung USA-Israel: Israel ist seit Jahrzehnten der gut gefütterte Kettenhund der USA

Israel führt seit Jahrzehnten auch Angriffe gegen den Libanon, gegen Syrien, vor allem aber gegen den Iran durch. Das ist auch den USA, Israels mächtigstem Verbündeten, der stärksten Militärmacht der Welt geschuldet!

Das Verhältnis USA – Israel ist ein ganz spezielles. Israels Politik im Nahen Osten wäre ohne die Unterstützung der USA keinen Tag möglich! Seit 1967 unterstützen die USA Israel mit 5 Milliarden Dollar jährlich. Dazu kommen Unsummen an Militärhilfen.

Weiters bestehen seit vielen Jahren USA-Israelische Militär-Kooperationen, ebenfalls mit Millionen von Dollar durch die USA finanziert. Auch ein mit Atomraketen bestücktes Antiraketen-Abwehrsystem hat diese Zusammenarbeit geprägt. Israel hat mit Hilfe der USA 200 Atomraketen produziert und stationiert. Israel wurde durch die seit über 50 Jahren bestehende US-Unterstützung zum wichtigsten amerikanischen Verbündeten im Nahen Osten. Anlässlich des Gaza-Krieges hat die USA Israel gerade Waffen im Wert von 47 Milliarden Dollar zugesagt.

Israel ist im Nahen/Mittleren Osten eine regionale imperiale Macht

Schon in den 1990iger Jahren sagte Shlomo Gazit, der ehemalige Leiter des militärischen Abschirmdienstes Israels, dass Israel in Bezug auf seine geographische Lage inmitten des arabisch-muslimischen Mittleren Osten „ein hingebungsvoller Wächter in all diesen Ländern“ sei. Seine Rolle ist es, „die bestehenden Regierungen zu beschützen...“ und „für diesen Zweck wird Israel Veränderungen verhindern, die sich jenseits von Israels Grenzen ereignen“ bis dorthin „seine gesamte militärische Macht in ihrer Verhinderung oder Ausrottung [von ihm nicht genehmen politischen Veränderungen in den arabischen Ländern] einzusetzen.“ (7) So bombardiert Israel bis heute die Anrainerstaaten, schwächt diese und tötet auch die dort lebenden Palästinenser. Es erfüllt damit gleichzeitig seine Rolle als militärische Vorhut der USA.

Seit Jahrzehnten führen die USA Kriege in der Golf-Region um dort ihnen genehme Regierungen zu installieren. 2003 haben sie Sadam Husseins Regime im Irak-Krieg gestürzt. 2003 schrieb der US-General Wesley Clark, dass das Pentagon 2001 einen über fünf Jahre geplanten Krieg gegen insgesamt 7 Ländern führen wolle und zwar „angefangen mit dem Irak, dann Syrien, Libanon, Libyen, Iran, Somalia und Sudan“ (8).

Gegen den Irak, Syrien, Libyen und Somalia hat die USA mittlerweile Krieg geführt, in Syrien und in Somalia aber nicht mit Erfolg. Im Iran, in Syrien und im Libanon sind weiterhin Regierungen an der Macht, die den USA schon lange nicht genehm sind. Vor allem die Regierungen im Iran sind den USA seit über 40 Jahren ein Dorn im Auge. Israel bombardiert deswegen den Iran im Auftrag der USA über viele Jahre. Auch den Libanon und Syrien attackiert das israelische Militär seit Jahren.

USA – die militärische Supermacht – will den Nahen Osten völlig beherrschen

Für die Außenpolitik der USA ist ihre Dominanz, ihre Herrschaft über den Nahen Osten, einer ihrer wichtigsten Fixpunkte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs: Die Golf-Staaten, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und der Iran sind für die USA wirtschaftlich und strategisch ungeheuer wichtig. Dort befinden sich riesige Erdöl- und Erdgasvorkommen und die Straße von Hormus.



USA: 847 ausländische Militärbasen auf der Welt
Quelle: <https://worldbeyondwar.org/military-empires/>

Die Straße von Hormus ist die einzige Wasserstraße zum persischen Golf und somit wichtigster Seeweg der Golfstaaten, durch den per Schiff fast 30% des gesamten Erdöls, Benzin und Flüssiggas der Welt nach Europa bzw. nach Asien, d.h. u.a. auch nach China befördert werden. Die USA stützen ihre Kriegsführung hauptsächlich auf ihrer Marine samt der Stationierung eines Teils ihrer Luftwaffe auf deren Schiffe. Und die USA planen, egal ob Biden, Harris oder Trump, auch schon längst den Krieg gegen China.

-
- 1) Zertal, I., „Nation und Tod, Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit“, S. 259. Wallstein-Verlag
 - 2) Moskowitz, R., „Fusion von Himmel und Hölle“, in: Frankfurter Rundschau Online, 06.06.2000
 - 3) Gaza: Krieg und Justiz, 21.09. 2024, Norman Paech:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=121634>

4)

https://www.archivioradiovaticana.va/storico/2017/06/14/israel_pal%25C3%25A4stina_gaza_ist_gr%25C3%25B6%25C3%259Ftes_freiluft-gef%25C3%25A4ngnis_der_welt/de-1318869

5) <https://overtone-magazin.de/top-story/moshe-zuckermann-dass-viele-zivilisten-im-gazastreifen-umkommen-hat-israel-nie-bekuemmert/> 11.10.2023

6) <https://www.baskultur.info/politik/international/1193-amas-bekannt>

7) Shahak, Israel: „Jüdische Geschichte, Jüdische Religion“, 2009 S.36, Lühe-Verlag

8) Wesley Clark: Winning Modern Wars 2003 und Neugestaltung von Amerikas Verteidigung=Rebuilding Amerikas Defences, Projekt für ein Neues Amerika-PNAC August 2000

Naher Osten:

Sofortiger Waffenstillstand und Friedensverhandlungen statt Ausweitung des Krieges auf die ganze Region!

Wir verurteilen den vor einem Jahr erfolgten Angriff der Hamas auf Israel. Wir verurteilen die jahrzehntelange Apartheidpolitik Israels gegenüber dem palästinensischen Volk. Diese Politik Israels gegen das palästinensische Volk verursachte und verursacht unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung, Hass und Gegenhass. Wir sind solidarisch mit der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung, aber nicht mit deren Regierungen.

Israels faschistoid-rechts-religiöse Regierung betreibt mittlerweile Völkermord in Gaza, wie das auch UNO-Generalsekretär Guterres und der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, massiv kritisieren. Gaza ist von Israel besetzt, Widerstand gegen Besatzer ist völkerrechtskonform.

Israels faschistoid-rechts-religiöse Regierung betreibt mittlerweile auch die weitere Ausweitung des Krieges auf den Libanon. Der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, hat bei der UNO-Vollversammlung den Israel zugeschriebenen Angriff mit hunderten explodierenden Pagern und Funkgeräten im Libanon in die Nähe eines Kriegsverbrechens gerückt. Tausende Menschen wurden verletzt, Hunderte starben. Türk sagte: „*Das humanitäre Völkerrecht verbietet den Einsatz von Sprengfallen in Form scheinbar harmloser, tragbarer Gegenstände, die speziell dafür entwickelt und konstruiert wurden, explosives Material zu enthalten. Gewalt mit der Absicht, Terror unter der Zivilbevölkerung zu verbreiten, ist ein Kriegsverbrechen.*“ (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-09/unsicherheitsrat-libanon-volker-tuerk>).

Danach führte die israelische Armee ab dem 23. September im Rahmen der Operation "Northern Arrows" Luftangriffe durch, um zuletzt Anfang Oktober sogar in den Süden Libanons einzumarschieren. Dies geschah, obwohl laut CNN der getötete Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah zufolge dem geschäfts-führenden libanesischen Außenminister kurz vor seinem Tod eine Waffenruhe mit Israel gebilligt hat. „*Er hat zugestimmt*“, sagte Abdullah Bu Habib dem US-Fernsehsender CNN. Der Libanon habe „*vollständig zugestimmt*“, nachdem der Parlamentsvorsitzende Nabih

Berri sich mit der Hisbollah abgesprochen habe. „*Wir haben die Amerikaner und die Franzosen informiert*“, sagte Habib. Die USA und Frankreich hätten mitgeteilt, dass auch Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu der Waffenruhe zugestimmt habe, sagte Habib. „*Also haben wir auch die Zustimmung der Hisbollah eingeholt und Sie wissen, was seitdem passiert ist.*“ Israels Armee hatte Nasrallah bei einem massiven Luftangriff südlich von Beirut kurz nach der Waffenruhe-Forderung getötet (dpa):

(<https://www.gmx.at/magazine/politik/nahostkonflikt/ticker-krieg-nahost-israelischer-luftangriff-zielte-zentrum-beirut-40194370>).

Israels faschistoid-rechts-religiöse Regierung hat mittlerweile dem UNO-Generalsekretär Guterres die Einreise in Israel verboten und betreibt die Ausweitung des Krieges auf die ganze Region, insbesondere im Hinblick auf den Iran.

Die „Ukraine-Methode“

Aber noch mehr: Israel soll im Interesse der USA den Iran provozieren. Der Iran ist wegen seiner geostrategischen Lage und seiner Bodenschätze für die US-Pläne im Nahen Osten von entscheidender Bedeutung. Schon lange spekulieren herrschende Kreise in den USA damit, die iranische Führung zu stürzen und ein ihnen genehmes Regime zu installieren. Zu diesen Plänen zählt auch der gerade in Syrien stattfindende „Siegesszug der Islamisten“ (HTS) wie das die Medien bei uns nennen. Bezahlt, ausgebildet und hochgerüstet durch USA/NATO wird Syrien über das NATO-Land Türkei und im Interesse von USA und Israel seit 2011 bekriegt. Der jetzige Umsturz mit Hilfe von HTS hat das Ziel, über diese bezahlten „Kämpfer“ dort jetzt selbst das Sagen zu haben.

Das ist die „Ukraine-Methode“: (Stellvertreter-)Kriege durch vorhergehende Provokationen und ständige Überschreitung von roten Linien im Interesse der USA mit und von Verbündeten anzetteln und führen lassen. Während die USA weit weg vom Schuss sind, sterben und zahlen dafür etwa im Ukrainekrieg die ukrainische und die russische Bevölkerung, nicht Selenskij oder Biden, Harris, Trump, die EU-Kommission, nicht die Chefs der Regierungen von USA, EU, Großbritannien, Frankreich oder Deutschland, und auch

nicht die Chefs der Waffenkonzerne usw. Sterben tun im Krieg Israels in Gaza, Westjordanland und mittlerweile auch schon wieder im Libanon, die Palästinenser, die Libanesen und letztlich auch die israelische Bevölkerung.

Und was macht das neutrale Österreich?

Verurteilung der Kriege, Friedensdiplomatie, Hinarbeiten auf Friedensverhandlungen? Weit gefehlt. Dreimal stimmte Österreich in der UNO gegen einen Waffenstillstand im Gazakrieg. Bei der UNO-Vollversammlung am 18. September 2024 enthielt sich Österreich der Stimme als es darum ging, dass sich Israel innerhalb eines Jahres aus den besetzten Gebieten zurückziehen soll. Das widerspricht der Neutralität

Österreichs. Österreich als immerwährend neutrales Land muss im Gegenteil aktiv darauf hinwirken, dass Gewalt und Krieg sofort gestoppt werden und eine noch größere humanitäre Katastrophe als sie schon seit Jahrzehnten in Gaza besteht, verhindert wird. Einseitige Parteinahme für Israels faschistoid-rechts-religiöse Regierung dient nicht dem Abbau von Aggression, Konflikt, Gewalt, Krieg, nicht der Friedensfindung, sondern gießt im Gegenteil noch mehr Öl ins Feuer – und produziert und verstärkt das, was angeblich verhindert und bekämpft werden soll: alten wie neuen Antisemitismus.

Für sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen!

Bericht von unserem Aktionstag:

26. Oktober 2024 - TAG DER NEUTRALITÄT

- * Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme
- * Nein zu EU-Kriegsunion, NATO-Beitritt und Sky Shield
- * Gegen die Kriegstreiber in Ost und West
- * Sozialstaat statt Aufrüstung und Krieg

Unser Flugblatt siehe: http://unsere-neutralität.at/wp-content/uploads/2024/10/FB_26.-Okt.-2024_HP.pdf



In der Folge die Rede von Wilfried Leisch von den „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ (www.atomgegner.at) und der Initiative „Unsere Neutralität – unsere Sicherheit“ (www.unsere-neutralität.at) auf der Abschlusskundgebung verschiedener Antikriegs- und Friedensgruppen am 26. Okt. 2024, in Wien.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Friedensfreund:innen und Kriegsgegner:innen!

Ich rede hier als Vertreter der überparteilichen und überfraktionellen Initiative „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ und der Initiative „Unsere Neutralität – unsere Sicherheit“. Letztere haben wir vor 2 ½ Jahren, im Sommer 2022, mitbegründet.

Heute ist Nationalfeiertag, Jahrestag der Erklärung der immerwährenden Neutralität Österreichs am 26. Oktober 1955. Neutralität ist für uns nicht bloß ein Firmenschild. Unsere Stellungnahme richtet sich gegen die Kriegstreiber in Ost UND West und gegen die Kriegshetzer im eigenen Land hier in Österreich.

- Neutralität ist die Lehre aus zwei Weltkriegen nie wieder bei Kriegen mitzumarschieren

- Neutralität ist die Chance nicht wieder in Kriege hineingezogen zu werden
- Neutralität heißt: Keine Kriegshetze und Kriegsteilnahme
- Die Neutralität Österreichs ist gerade heute, in Zeiten von heißen Kriegen, wichtiger denn je.

Doch was machen unsere Herrschenden? Sie reden (bestenfalls) von Neutralität und rüsten zum Krieg.

Bis 2032 sind für „normales“ Bundesheerbudget, zusätzliche Aufrüstung und Sky Shield in Summe 60 Milliarden Euro vorgesehen. Bei Gesundheit, Sozialem, Bildung soll jedoch gespart werden.

Neutralität heißt keine Kriegsteilnahme – egal ob direkt oder indirekt. Neutralität bedeutet für uns aber nicht Gleichgültigkeit, sondern Auftreten gegen Aufrüstung, Kriegshetze und Krieg.

Wir verurteilen den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Wir verurteilen genauso alle anderen völkerrechtswidrigen Kriege, so z.B. die völkerrechtswidrigen Kriege der USA in z.B. Vietnam, Jugoslawien, Afghanistan, Syrien, usw.

Wir verurteilen den Angriff der Hamas auf Israel genauso wie die jahrzehntelange Apartheidpolitik Israels gegen die Palästinenser. Wir verurteilen den Völkermord Israels in Gaza, Israels Kriege gegen den Libanon, Syrien, Iran usw.

Ohne die massive finanzielle und militärische Unterstützung der USA wären diese Kriege nicht möglich, schnell zu Ende.

Österreich als neutrales Land kann und muss die Kriegstreiber in Ost und West verurteilen und auf Waffenstillstand und Frieden hinarbeiten. Das wäre aktive Neutralitätspolitik.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Österreichs Herrschende betreiben einseitige Parteinahme, Propaganda und indirekte finanzielle Kriegsmilitär-Unterstützung (z.B. via EU-Beitrag) für eine Kriegspartei und wollen uns das als Schutz und Sicherheit für Österreichs Bevölkerung verkaufen.

Es ist unerträglich und absolut zu verurteilen, dass Bundespräsident Van der Bellen gerade heute bei seiner Rede vor den Soldaten am Heldenplatz die Neutralität mit keinem Wort erwähnte.

Es ist unerträglich, beschämend und zu verurteilen, dass der ÖGB, der das Eintreten für Neutralität und Frieden in seinen Statuten hat, zu all dem schweigt, ja sozialpartnerschaftlich mit den Herrschenden mitspielt. Weiß der ÖGB nicht, dass die Milliarden, die für Rüstung und Krieg von den Herr-

schenden so locker bereitgestellt werden, dann bei den Menschen fehlen? 80 bis 90 Prozent der Österreicher:innen sind für die immerwährende Neutralität.

Österreich bedroht niemanden!

Was bedroht uns?

- Wenn sich Österreich als Aufmarschgebiet bereitstellt, Panzertransporte und Überflüge über sein Staatsgebiet in Kriegsgebiete zulässt
- Österreichs Teilnahme an EU-PESCO und an den anderen EU-Aufrüstungs- und Kriegsvorhaben
- Österreichs Teilnahme am von Deutschland vorangetriebenen EU-NATO Sky Shield

All das, insbesondere Sky Shield, macht uns zum Angriffsziel und gefährdet unsere Neutralität und Sicherheit.

Die Herrschenden Österreichs bedrohen unsere Neutralität! Überlassen wir die Neutralität weder der Regierung noch der jeweiligen Scheinopposition.

Sie alle betreiben ein böses Spiel auf Kosten und auf dem Rücken der Bevölkerung. Daher:

- NEIN zu Sky Shield
- NEIN zur NATO-Kooperationen (Nato-„Partnerschaft für den Frieden“)
- NEIN zu einem NATO-Beitritt
- GEGEN die Kriegstreiber in Ost und West
- JA zur immerwährenden Neutralität Österreichs
- JA zu Sozialstaat statt Aufrüstung und Krieg

SOLIDARITÄT ist unsere STÄRKE
WIDERSTAND ist unsere CHANCE

Nationalratswahl:

Was zeigt das Wahlergebnis für Kriegsgegner:innen, für die überwältigende Mehrheit, die Neutralität und Frieden will?

ÖVP, GRÜNE und NEOS waren und sind für weitere EU-Aufrüstung, Beteiligung an der EU-Kriegspolitik und Beitritt zum von Deutschland ins Leben gerufenen USA/NATO/EU-Sky-Shield-Projekt. Eine weitere NATO-Anbindung Österreichs verlangt auch die von ÖVP und GRÜNEN kurz vor der Wahl beschlossene neue "Sicherheitsstrategie" (siehe dazu den Artikel in dieser Zeitung). Die SPÖ hat vor der Wahl das NATO-EU-Deutschland-Sky Shield-Projekt nicht abgelehnt. Bezüglich der FPÖ haben die Mächtigen in Österreich, Wirtschaft und Industriellenvereinigung, gleich am 2. Tag nach der Wahl klar gemacht, was eine künftige Regierung unter FPÖ-Beteiligung zu tun hat:

„... Wenn ihm (Kickl/FPÖ) der Bundespräsident den Regierungsbildungsauftrag erteilt ... dann kann sich Herbert Kickl überlegen, ob er es gleich auf ein Scheitern anlegt oder einen neuen Weg einschlägt. Wie könnte dieser aussehen? Kickl müsste unter anderem vom Widerstand gegen Sky Shield abrücken, seine Haltung zur Ukraine überdenken ... In anderen Bereichen würde man mit der ÖVP schon irgendwie zusammenfinden ...“! (Die Presse, Leitartikel, 1. 10. 2024)

Das heißt: egal welche Regierungszusammensetzung herauskommt, ob mit der FPÖ oder ohne sie, besteht der Plan der Herrschenden darin, die Neutralität weiter auszuhöhlen, abzubauen, letztlich abzuschaffen und Österreich über die EU an die NATO und an Deutschland anzubinden bzw. anzuschließen.

Die Herrschenden wollen entweder mit einer ÖVP-SPÖ-NEOS-Regierung oder mit einer ÖVP-FPÖ-Regierung den EU- und NATO-Aufrüstungs- und Kriegskurs unter Beteiligung Österreichs so oder so fortsetzen. Das heißt, die Neutralität soll weiter ausgehebelt und letztlich abgeschafft werden, um Österreich noch direkter in weitere Kriegsvorbereitungen und letztlich Kriegs-beteiligung hineinzuziehen.

Das heißt, keine der gewählten Parteien in einer Regierung ist ein Garant für Frieden und Neutralität, sondern sie betreiben auf Geheiß von Industrie und Wirtschaft das Gegenteil!

Die Menschen in Österreich wollen keine Kriegsbeteiligung, keinen NATO-Beitritt weder direkt, noch durch die Hintertür (Sky Shield)! Die Menschen in Österreich wollen stattdessen zu 80% und mehr die Beibehaltung der immerwährenden Neutralität Österreichs. Ebenso wollen sie mit großer Mehrheit keine Kriegsbeteiligung, sondern Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in Kriegsgebieten.

Daher müssen wir Menschen uns selbständig und gemeinsam von unten gegen die da oben, egal welcher Partei-farbe, Gehör verschaffen.

Dem haben wir bei unserer Kundgebung und Flugblatt-Aktion am Nationalfeiertag, dem Tag der Neutralität am 26. Oktober Ausdruck verliehen.

ÖVP-Grüne-Regierung beschloss neue „Sicherheitsstrategie“, doch:

Neue „Sicherheitsstrategie“ = Kriegs-Strategie!

Statt in Zeiten von heißen Kriegen die immerwährende Neutralität Österreichs hochzuhalten, zu leben und auszubauen, betreibt die Regierung eine weitere NATO-Annäherung!

Als Begründung wird die Gefahr Russlands für Europa angeführt. Doch wer bedroht wen? Die USA sind weit weg,

lassen aber durch die von ihr dominierte NATO neue Angriffsraketen in Deutschland ab 2025 stationieren. Das unterstützt auch Österreich durch seine in der „neuen Sicherheitsstrategie“ geplante noch weitere Kooperation mit der NATO. Das ist eine neutralitätswidrige indirekte Einbindung Österreichs in die NATO. Das macht Österreich unsicherer statt sicherer, damit zum Angriffsziel, denn die

Parteinahme für eine Seite gegen eine andere ist keine gelebte Neutralität.

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine genauso wie wir die völkerrechtswidrigen Angriffe/Kriege der USA auf Vietnam (1964 – 1975), Afghanistan (2001), Irak (2003), oder der USA/NATO auf Jugoslawien (1999) verurteilen.

Damals ist Österreichs Politik nicht auf Distanz zur USA/NATO gegangen, hat nicht den USA/NATO-Bombenkrieg gegen Jugoslawien verurteilt, diesen nicht als Gefahr für Frieden und Sicherheit in Europa angesehen wie das jetzt bei Russland der Fall ist. Im Gegenteil: Österreich ist damals nicht aus Protest gegen die Kriegspolitik der USA/NATO aus der USA/NATO-Kooperation „Partnership for Peace“ ausgetreten, der Österreich 1994 bedenklicher Weise beigetreten ist. Was ist das für eine Neutralitätspolitik, die sich auf eine Kriegstreiberseite stellt, die westliche Kriegstreiber für „gut“ und östliche Kriegstreiber für „böse“ erklärt? Keine!

Das ist eine Politik der (dzt. noch indirekten) Kriegsteilnahme. Das bringt die Gefahr mit sich, immer mehr in Krisen, Konflikte und Kriege selbst hineingezogen zu werden.

Das zeigt auch die gerade beschlossenen „neuen Sicherheitsstrategie“ (1) der Regierung, wo v.a. weiter und noch enger mit der NATO kooperiert werden soll. Insbesondere ist der von uns fett hervorgehobene Passus verräterisch:

„Es ist wesentlich, dass wir die Kooperationsmöglichkeiten mit der NATO in den Bereichen Konfliktprävention, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit sowie im Interesse der Stärkung der Interoperabilität unserer militärischen Kapazitäten ausschöpfen“.

Denn die jetzt schon die ganze Zeit laufenden milliarden-schweren (bis 2032 16 Milliarden Euro) Militärbeschaffungen des Bundesheeres durch BM Tanner, sollen mit dem Kriegsgerät in Deutschland, der EU und der NATO „interoperabel“, also jederzeit an die jeweiligen EU/NATO-Systeme „anschlussfähig“ sein. Ein Schelm wer dabei denkt, dass unsere Regierenden das neutrale Österreich da unter der Hand und über die Hintertür, am Neutralitätsgesetz im Verfassungsrang vorbei, also neutralitätswidrig, an die USA/

NATO/EU/ Deutschland-Kriegsmaschinerie angliedert und so in Kriegsteilnahmen hineinmanövriert.

Diese gefährliche und neutralitätswidrige neue Sicherheitsstrategie ist vorerst „nur“ ein Vorhaben (Kuckucksei) der alten Schwarz-Grünen Regierung. Wir müssen aber Druck machen, dass eine neue Regierung nicht übernimmt!

Österreichs Sicherheitsstrategie muss echte und gelebte, aktive und engagierte Neutralitätspolitik sein. D. h. sich auf keine Kriegstreiberseite stellen, sondern gegen die Kriegstreiber in Ost und West aufzutreten, diese zu benennen, zu verurteilen und auf Waffenstillstand und Friedensverhandlungen hinzuarbeiten statt (Kriegs-)Partei zu ergreifen.

Gegen die Kriegstreiber in Ost und West!

Mehr Sozialstaat statt Aufrüstung und Krieg!

JA zur immerwährenden Neutralität Österreichs!

Weitere Infos und Links zur „Sicherheitsstrategie“:

<https://orf.at/stories/3367719/>

LESERBRIEF zur „Sicherheitsstrategie“

Ich habe die neue „Österreichische Sicherheitsstrategie 2024“ von Nehammer und Kogler angeschaut, mir kam einfach nur das Grausen. Da stehen echt arge Dinge:

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/sicherheitspolitik/sicherheitsstrategie.html>

https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:c311e4a7-8f27-4456-ae6a-6203c0afed4c/104k_1_mrv.pdf

https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:941a3cb3-7320-4c31-a4d2-3307f57faad3/sicherheitsstrategie_oesterreich_2024.pdf

Und die Schweiz hat dieser Tage ein ähnliches Machwerk erstellen lassen, das 2025 zum Beschluss vorgesehen ist:

<https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/89334.pdf>

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/mediennitteilungen.msg-id-102256.html>

G.H, 1120 Wien

MERCOSUR

Wir können bei der EU-Wahl wählen was wir wollen, die EU-Oberen aber machen, was sie wollen. Weil der Protest in vielen Ländern groß war, hat die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen in einer Nacht- und Nebelaktion für die EU eine Grundsatzentscheidung zwischen der EU und den Mercosur-Ländern (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) unterzeichnet. Doch viele EU-Parlamente lehnen das Mercosur-Abkommen ab, weil es zu Dumpingpreisen und damit zur ruinösen Konkurrenz für Kleinbetriebe und zu noch mehr Umweltzerstörung führt.

Deshalb will die EU das Abkommen „splitten“, d.h. in ein Handels- und ein sog. politisches Abkommen teilen, damit sie es in den Parlamenten und an den Bevölkerungen vorbei trotzdem durchbekommt. Der politische Teil, was immer das ist, wahrscheinlich irgendwelche schwammigen Formulierungen, soll zustimmungspflichtig bleiben. Das milliarden-schwere Handelsabkommen wird nicht abgestimmt. Gewin-

ner sind nicht die Menschen, sondern die Konzerne. Durch Abschaffung von Zöllen und Umweltauflagen profitieren sie.

Gas-Lieferstopp aus Russland:

Vom Regen in die Traufe

Katastrophe, Russland dreht den Gashahn zu, so die Medienpropaganda. Dass davon nur die OMV wegen eines Rechtsstreits betroffen ist, es nur um 4% der Gesamtmenge geht, ansonsten weiterhin russisches Gas nach Österreich fließt und überdies die Ukraine es ist, die ab 1. Jänner 2025 sowieso den Gastransit von Russland nach Österreich einstellt, passte nicht in die Kriegshetze. Aber nicht genug damit, hieß es gleich danach, dass die Versorgung sowieso gesichert sei, die Gaskunden aber eben mehr dafür zahlen müssten. Also zuerst Angstmache, dann Beruhigung, dann zahlen. Nicht für russisches Gas, sondern für die Profite der westlichen Energiekonzerne, die auf den Weltbörsen wegen Ende des Ukraine-Gastransits auf Kosten der Konsumenten spekulieren.

Gesundheit: ÖGK-Defizit

Das Erbe von ÖVP und FPÖ

Bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK, früher Gebietskrankenkassen) entstand 2023 ein Defizit von 400 Mio. Euro, heuer werden es 481 Mio. sein und bis 2028 rechnet man mit einem Minus von über 4 Mrd. Euro.

Aus der von ÖVP-FPÖ-Regierung 2018/19 bei der „Reform“ der Kassen versprochenen Patientenmilliarde wurde ein Milliardendefizit der ÖGK, weil die Kasse der Arbeiter und Angestellten langsam aber sicher ausgehungert wird. Das hat Methode. So heißt es immer, der von der ÖGK voll finanzierte Bereich der niedergelassenen Ärzte solle Spitalspatienten übernehmen. Das tat er auch. Die Belagstage in den Spitälern, die auch von der ÖGK, also aus den Krankenkassenbeiträgen der Arbeiter und Angestellten mit-finanziert werden, gingen um 30% zurück. Aber die Spitäler erhielten doppelt soviel Geld wie die niedergelassene Gesundheitsversorgung. Weiters schiebt die Regierung und die ÖGK-Spitze, in der seit der „Reform“ von 2018 die Unternehmer mit ihren Privatisierungsplänen die Mehrheit haben, dem Rückgang der Kassenärzte und dem Anstieg der Privatärzte keinen Riegel vor. Ergebnis: die Krankenversicherten müssen immer öfter doppelt zahlen, wenn sie zu einem Arzt kommen wollen: über ihren Sozialversicherungsbeitrag und über hohe Selbstbehalte beim Wahlarzt-Honorar.

Auch die Kassen-Zahnärzte wollen jetzt gerade wieder einmal trotz ÖGK-Vertrag die Zahnpatienten (Stichwort Zahnfüllungen) privat zur Kasse bitten und die ÖGK erpressen.

Dazu kommt, dass die EU-Vorgaben seit 2012 die öffentlichen Gesundheitsausgaben gemessen am BIP nach oben begrenzen, was die profitorientierte Privatmedizin fördert.



Weiters ist ein Hauptproblem, dass die ÖGK-Einnahmen an die Köpfe der Beschäftigten gekoppelt sind. Mehr Arbeitslosigkeit bedeutet weniger Einnahmen. Doch für die Profitkrise der Wirtschaft können die Arbeitenden nichts, sie erbringen so oder so ihre Leistung. Daher gibt es schon seit 40 Jahren den Vorschlag, die Basis für die Berechnung von Einnahmen für das Sozialsystem statt wie derzeit auf die Lohnsumme, auf die Wertschöpfung, die ja die Beschäftigten in den Betrieben erbringen, umzustellen. Denn während trotz Krise und Insolvenzen die Unternehmer ihre Profite abschöpfen, sollen Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Lehrlinge, Studierende und Pensionisten schauen, wie sie mit immer weniger durchkommen und dann noch für Gesundheit mehr zahlen müssen.

**NEIN zur ÖGK in Unternehmerhand!
JA zur sozialen Krankenversicherung!
Selbstverwaltung der Arbeiter und
Angestellten in der Sozialversicherung
wiederherstellen!** www.prosv.at



Ein Schildbürgerstreich!

Schleswig-Holstein in Norddeutschland - ein kleines Paradies, mit vielen Seitenarmen der Ostsee. Eine kleine Fähre ermöglicht Autos eine halbe Stunde Zeitersparnis: 6 Autos können für die einminütige Kurzfahrt auf die Fähre und Radfahrer und Fußgänger. Dann: 2021: Die Befürchtung, dass durch neue EU-Vorschriften die alte Fähre verboten werden könnte!

Was tun? Die alte Fähre umbauen? Nein, gleich eine neue Fähre und gleich größer, sodass auch Busse damit fahren können. (Was die Verantwortlichen an Ort und Stelle gar nicht wollen, da Zufahrtsstraßen nicht für Busse geeignet sind und nicht noch mehr Touristen kommen sollen!)

Also gut: Die neue Fähre wird gebaut, bekommt ein Dach für Elektropaneele, um Strom für den Elektromotor zu erzeugen, der die Fähre am Seil über die Schlei zieht. Zu keinem der Entschlüsse der übergeordneten Behörden für den Neubau und die Ausstattung der neuen Fähre werden die Verantwortlichen an Ort und Stelle beigezogen.

Kurz und gut: Die neue Fähre kostet schließlich knappe vier Millionen Euro! Aber sie kommt noch nicht, weil Verzögerungen eintreten (Ukrainekrieg; weil die Elbe

einen Niedrigwasserstand hat und die neue Fähre stecken bleibt, da sie größer und schwerer ist, als die alte Fähre usw.). Die zuständige Behörde hat inzwischen die alte Fähre an einen Dänen für 21.000 Euro verkauft.

Bis die neue Fähre eintrifft, vergehen drei Monate, in denen die Menschen an der Schlei Umwege ans andere Ufer machen müssen und der Fährbetreiber mit seinen Angestellten keine Einnahmen hat. Doch dann kommt endlich die neue Fähre, beginnt ihren Betrieb, aber wenn stärkerer Wind aufkommt, driftet die neue Fähre ab und kann nicht am anderen Ufer anlegen – was eine Folge des großen Daches ist. Ob es sinnvoll ist, dass man versucht die neue Fähre umzubauen ist eine große Frage, die derzeit eher mit nein zu beantworten ist. Was tun?

Inzwischen hat die Landesregierung die „alte“ Fähre vom Dänen um 100.000 Euro zurückgekauft. Die übergeordneten Behörden prüfen gerade, ob sie die Herstellerfirma der neuen Fähre wegen Planungsfehlern verklagen könnten. Und was ist mit den Behörden, die über alle Köpfe hinweg so einen Unsinn mit den Steuergeldern der arbeitenden Menschen anstellen?

KI & Atom

Gefährliche Partnerschaft

Microsoft wird 20 Jahre lang die Stromproduktion eines ganzen Kraftwerkes kaufen – vom Block 1 des AKWs Three Mile Island. Im dortigen Block 2 ereignete sich im Jahr 1979 der bisher größte bekannte Atomunfall (GAU) in den USA mit einer Beinahe-Kernschmelze. Der Betreiber von Three Mile Island, Constellation Energy, reibt sich die Hände: seine Aktie stieg um 65%! ChatGPT braucht zehnmal so viel Strom wie eine Google-Abfrage (Die Presse, 11. 10. 2024). Die Atommafia ist genauso

autokratisch organisiert und vom Staat gefördert wie die KI-Tech-Giganten. Daher erhofft sich die Atomlobby von Microsoft & Co einer Renaissance ihrer tödlichen Atomprofite. Sowohl die Atomlobby als auch die KI-Tech-Lobby ziehen auch sonst an einem Strang: beide behaupten zur Klimaneutralität beizutragen, was nachweislich falsch ist. Weder ist Atomkraft klimaneutral oder sicher, noch ist die KI energiesparend (siehe oben). Und während die Atomstrom- und Atomwaffenlobby den Überwachungsstaat zur Durchsetzung ihrer Profit- und Kriegsrüstungsziele braucht, liefern die Tech-Konzerne mit ihrer KI die Überwachungsinstrumente.

Atommüll:

Geld statt gesundem Leben

Die deutsche Atomindustrie erhielt 6 Jahrzehnte lang Milliarden über Milliarden aus Steuergeldern und machte damit das ganze Land mit AKWs und Atommülllagern gefährlicher und unsicherer. Das bisherige Erbe der 60 Jahre Atomstromproduktion in Deutschland sind 1.750 Castor-Behälter, jeder 6 Meter hoch und über 100 Tonnen schwer. Das entspricht einer radioaktiven Gefahrenquelle wie sie 1986 beim Super-GAU von Tschernobyl freigesetzt wurde. Zu den Castoren kommen mehrere Hunderttausend Tonnen schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus dem Betrieb und dem Rückbau der AKWs. Da eine Entscheidung wo die Endlagerung stattfinden soll, nicht vor 2050 in Sicht ist, gibt es in Deutschland 16 Zwischenlager für hoch-radioaktiven Atommüll. Und wie unsicher diese sind zeigt, dass auch „nachgerüstete“ Zwischenlager einem Flugzeugabsturz nicht standhalten. Zudem haben Tests gezeigt, dass die Stahlbehälter 800 Grad Celsius nur eine halbe Stunde lang überstehen. Was danach passiert, weiß niemand. Auch nicht, was allein die radioaktiven Zerfallsprozesse im Behälterinneren ganz ohne äußere



Katastrophe über die Jahrzehnte bewirken. Wenn die Zwischenlagerung so ungefährlich ist, so AKW-Gegner, warum dann wird krampfhaft nach einem unterirdischen Endlager gesucht?

Richtig: „Ein absoluter Schutz der Zwischenlager ist unmöglich“, z.B. „beim gezielten Beschuss einer Kriegsmacht. Auch die Gefahr von Extremwetter und Überschwemmungen wird mit der Erderwärmung zunehmen“ (Die Zeit, 7.11.2024).

Über Jahrzehnte hatten AKW-Standortgemeinden hohe Gewerbesteuerereinnahmen, die mit den AKW-Abschaltungen endeten. Jetzt wollen z.B. die Gemeindeoberen des ehemaligen AKW-Standortes Philippsburg bei Karlsruhe nicht den Abtransport der Castor-Behälter, dafür aber Entschädigungen. 1 Mio. € pauschal und weitere 5.000 Euro pro eingelagerten Castor-Behälter. So würden gut 1,5 Mio. Euro jedes Jahr in die Stadtkasse fließen. Für ein paar Millionen sollen die Menschen der tödliche Atomgefahr weiter ausgesetzt werden.

Außerdem: Ebenso unsicher und gefährlich sind Endlager, die es zudem noch gar nicht gibt. Hintergrundinfo zur Endlagersuche in Deutschland:

https://www.youtube.com/watch?v=Jgw_RNO3qvs

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeutung, Unterdrückung, Militarisation, Atomrüstung, AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw. Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden, Neutralität, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. **Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Wir laden alle herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen – Redaktionsteam

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW; Empfänger*in: GGAE OESK,
Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Gewerkschafter gegen Atomenergie“ ist zu 100% der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, H. Tschida.

Österreichische Post AG

SM 20Z042140 S

Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum

